

Internet und Politische Bildung - Zehn Thesen

Thomas Meyer, August 2000

- I. **Die produktive Dauerkrise der politischen Bildung**
- II. **Spiegel der Gesellschaft**
- III. **Gesellschaftlicher Wandel**
- IV. **Nutzungskriterien politischer Bildung**
- V. **Politische Bildung mit Bindestrich**
- VI. **Kommunikations-Revolution Internet**
- VII. **Chancen und Grenzen des Netzes**
- VIII. **Ein vernünftiger Angebotsmix**
- IX. **Die Rolle des Netzes**
- X. **Politische Pädagogik des Netzes**

I. **Die produktive Dauerkrise der politischen Bildung**

In einem gewissen Sinne war politische Erwachsenenbildung immer in der Krise, sei es, weil ihr der Zugang zu den nach ihrem Verständnis am meisten ihrer Dienste Bedürftigen nicht ausreichend gelang, sei es, weil die Nachfrage nach ihrem Angebot insgesamt schwächer wurde, sei es - und dies war fast stets der Fall - dass die ihr von anderen zugewiesenen Mittel nicht reichten, um die selbst gesteckten Ziele zu erfüllen, sei es, dass ihre Ziele, Methoden und Legitimationen angesichts veränderter Bildungsbedürfnisse und Gewohnheiten fragwürdig wurden. Es ist eines der besten Zeichen der Vitalität politischer Erwachsenenbildung in Deutschland, dass sie immer eine lebendige, kompetente und letzten Endes auch handlungsorientierte Debatte über ihre eigene Lage und die Wege ihrer Verbesserung geführt hat. Es ist aber auch ihr Dilemma, dass der mögliche Erfolg ihrer Innovationsprojekte niemals nur von den Nutzern ihrer Angebote entschieden wird, sondern durch die Finanzierung ihrer Arbeit durch Dritte, die darüber befinden, was der Nutzen für die Nutzer ihnen selbst nützt.

Je mehr die Demokratie in Deutschland zur Selbstverständlichkeit wurde und je weniger die Repräsentanten des politischen Systems spezifische Bildungsprozesse als Basis ihrer Legitimation sehen, um so mehr beschränkt sich der Kreis der an der politischen Erwachsenenbildung Interessierten auf diejenigen, die von ihr leben. In einem gewissen Sinne führt sie infolge dessen einen andauernden Überlebenskampf. Der daraus resultierende Druck führt oft zu Überspitzungen, ist aber durchaus in vielfacher Hinsicht auch förderlich für Innovation und Modernisierung. Zu den Überspitzungen gehört die verbreitete Behauptung, politische Bildung als solche sei heute zu einer Angelegenheit der 50- und 60-

jährigen geworden. Zu den innovativen Ergebnissen hingegen ist die produktive Einbeziehung des Internet in die politische Bildungsarbeit zu rechnen, eine der Voraussetzungen dafür, dass sich die jüngeren und jüngsten Adressaten für das Angebot künftig verstärkt interessieren können.

II. Spiegel der Gesellschaft

Dass die Nachfrage nach politischer Bildung immer nur ein Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung sein kann - ihrer Bewusstseinslagen, Lebensweisen, Lebensorientierungen, Kommunikationsgewohnheiten, persönlichen Bedürfnisse, der Verbreitung des Interesses an Politik und seiner Art und seines Ausmaßes - versteht sich von selbst. Es ist daher überaus normal und geboten, dass sie von Zeit zu Zeit selber eine Generalrevision unternimmt, spätestens natürlich, wenn die Teilnehmer weglaufen. Vermutlich befinden wir uns gegenwärtig immer noch in Mitten eines tief greifenden Umbruchs unserer gesellschaftlichen Entwicklung, der u.a. darin zum Ausdruck kommt, dass alle drei bis vier Jahre eine neue Generalüberschrift für das Neue zirkuliert - von der individualisierten über die Risiko- und die Medien- zur Wissensgesellschaft und schließlich zur digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft. All diese Überschriften bezeichnen wesentliche Dimensionen tiefgehenden Wandels und in ihrer Gesamtheit dessen Komplexität, Offenheit und Unabgeschlossenheit. Das meiste davon hat einerseits Auswirkungen auf die politische Bildung und wird andererseits für ihre Arbeit, ihre Ziele und Methoden zur Herausforderung. Da politische Bildung weder ein echter Nutzermarkt ist, noch eine nennenswerte durchsetzungsfähige Lobby hat, befindet sie sich bei der Bewältigung dieses Wandels strukturell immer in einer prekären Situation. Sie enthält aber außer den offensichtlichen Risiken immer auch neue Chancen.

III. Gesellschaftlicher Wandel

Die gesellschaftlichen Veränderungen der jüngsten Zeit waren ungewöhnlich zahlreich und vergleichsweise tiefgreifend, von den für die politische Erwachsenenbildung besonders bedeutsamen nenne ich die folgenden:

- Die weiter voranschreitende Individualisierung und mit ihr verbunden die Pluralisierung und Segmentierung der Lebensweisen. Die Lebensentwürfe, die Alltagsästhetik, die Kommunikationsgewohnheiten, die Mediennutzung, Umfang und Art des Interesses an Politik werden, zum Teil generationsbedingt, immer vielfältiger und unübersichtlicher.

- Der allgemeine Wandel des politischen Interesses, der Rückgang der großen Richtungsbindungen zugunsten der Unterstützung von Einzelprojekten und Einzelengagements schreitet voran. Misstrauen gegenüber den großen Repräsentativorganisationen des politischen Systems und der politischen Klasse (Parteien so gut wie Gewerkschaften) so wie der großen ideologischen Orientierungssysteme und - damit verbunden auch - Veränderungserwartungen kennzeichnen die Situation. Langfristbindungen schwinden zu Gunsten kurzer, überschaubarer, erfahrungsnaher, befristeter, direkt nutz- und kontrollierbarer Engagements.
- Unsicherheit wächst bis weit hinein in die gehobenen Mittelschichten. Das Empfinden der Wahrscheinlichkeit des möglichen Arbeitsplatzverlusts, der vermutlichen Notwendigkeit mehrfacher beruflicher Neuorientierung und Requalifizierung während des Arbeitslebens nimmt zu und mit ihm das für die Ungewissheit und Unsicherheit der eigenen Lage.
- Die Mediatisierung der Gesellschaft, der Politik und der Lebenswelt schreitet voran. Alle Bereiche der Erfahrung werden von medialer Kommunikation und den ihr jeweils spezifischen Mustern der Selektion und der Inszenierung durchdrungen. Neben dem Fernsehen, das bestimmte Darstellungs- und Vorstellungsweisen von Politik hervorgebracht hat, spielt das Internet für bestimmte soziokulturelle Milieus seit kaum fünf Jahren eine allerdings rapide wachsende, in ihren Auswirkungen momentan kaum abzuschätzende Rolle. Das Internet hat begonnen, für diese Milieus zu einem Kernelement ihrer Alltagserfahrungen, ihrer alltäglichen Kommunikationsgewohnheiten und selbst ihrer Alltagsästhetik zu werden. Für diese Gruppe kommt kaum noch in Betracht, wer sie nicht über eine professionelle Präsentation im Internet anzusprechen und zu erreichen vermag.

IV. Nutzungskriterien politischer Bildung

Über die allgemeinen Lernziele politischer Bildung ist rasch Einigkeit zu erzielen. Diese besagt aber für das konkrete Angebot wenig, auch wenn die Lernziele für die Arbeitsziele, Arbeitsformen und Methodenstandards immer eine unerlässliche Orientierung bleiben werden.

Bei der Anwendung der Analyse gesellschaftlicher Veränderungen auf die Entwicklung von innovativen Angeboten für politische Bildung empfiehlt sich neben den Lernzielen ein empirie-naher uses- and gratifications-Ansatz. Er geht von Nutzungsinteressen und Befriedigungspotentialen der Teilnehmer selber aus und nicht von den paternalistischen Nut-

zenszuschreibungen durch die Veranstalter der politischen Bildung selbst. Wie bei der Mediennutzung fragen die verschiedenen Nutzergruppen je auf ihre höchst unterschiedliche Weise nach den persönlichen Nutzen des Angebots und dessen erwarteter Befriedigungsqualität in ihrer jeweiligen Situation. Es sind nicht viele Menschen, für die politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungskompetenz oder die Stabilität der Demokratie schon als solche das zureichende Motiv für die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung darstellen. Für die allermeisten muss ein sehr kräftiger Schuss unmittelbar persönlichen Nutzens beigemischt - eher schon dominant - sein, wenn sie sich für die Angebote interessieren sollen.

In Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung gaben zwischen 80 und 90% der Angehörigen der wichtigsten Zielgruppen für politische Bildung zu Protokoll, dass sie sich für Angebote der politischen Bildung dann interessieren, wenn diese zugleich ihrer beruflichen Arbeit und ihrer Orientierung im Alltagsleben zugute kommen. Auch wenn es keinen Zweifel daran geben kann, dass politische Bildung ihren Zielsetzungen und ihren Arbeitsweisen nach immer etwas anderes bleiben wird als berufliche Fort- und Weiterbildung, kann sich kein Angebot der politischen Bildung diesem handfesten Überschneidungsinteresse bzw. Kombinationswunsch der potentiellen Teilnehmer ganz entziehen, das nicht den Anschluss an die gesellschaftlichen Veränderungen hoffnungslos verlieren will.

V. Politische Bildung mit Bindestrich

Es sind also drei mitbedingende Faktoren, die ein solcher uses- and gratifications-Ansatz bei der Planung politischer Bildung für die Zukunft in Rechnung stellen muss:

1. Das Angebot muss **auch** für die berufliche Zukunft der Adressaten Bedeutung haben.
2. Das Angebot muss **auch** für die persönliche Lebensführung interessant sein.
3. Das Angebot muss an die alltagsästhetischen Kommunikationsgewohnheiten der Nutzer anschließen können.

Das sind Rahmenbedingungen für das Angebot der politischen Bildung und die von ihr zu leistende Bearbeitung politisch wichtiger und interessanter Themen und Zusammenhänge, aber natürlich nicht die Inhalte und Ziele selbst.

VI. Kommunikations-Revolution Internet

Das Internet trägt alle Anzeichen einer beispiellosen Kommunikationsrevolution, deren Ausmaße und Konsequenzen gegenwärtig zu ahnen, aber nicht abzusehen sind. Das äußert sich in unserem Themenzusammenhang u.a. darin, dass es gleichzeitig in und für drei verschiedene Dimensionen Bedeutung erlangt:

- Es verändert im Gegenstandsbereich der politischen Bildung Wesentliches und damit auch die Möglichkeiten der Information und der Teilhabe.
- Es verändert die Möglichkeiten der Lernprozesse in der politischen Bildung selbst wesentlich und damit auch deren Angebotsformen und deren Reichweite.
- Es ist für wichtige Zielgruppen und Milieus der politischen Bildung ein wesentlicher Teil ihrer Alltagsästhetik und Alltagskommunikation geworden und daher eine Grundbedingung für die Kommunikation mit ihnen.

Infolgedessen ist das Internet gleichzeitig Zugangsvoraussetzung zu zentralen Zielgruppen, unverzichtbares Arbeitsinstrument und ein zentraler Sachverhalt im Gegenstandsbereich der politischen Bildung geworden. Ein entscheidender Innovationsimpuls für politische Bildung muss daher aus der Entwicklung attraktiver und effektiver Angebote in drei Dimensionen kommen:

- Politische Bildung **für das** Netz
- Politische Bildung **im** Netz und
- Politische Bildung **mit dem** Netz.

Politische Bildung **für das** Netz, damit sich möglichst alle an Kommunikation und Aktion im Netz und mit dem Netz kompetent beteiligen können.

Politische Bildung **im** Netz, in dem das Netz optimal für Prozesse der politischen Information und Bildung benutzt wird.

Politische Bildung **mit dem** Netz, indem das Netz auch dort überall optimierend ins Spiel gebracht wird, wo andere Methoden, vor allem persönliche Präsenz im Vordergrund stehen.

Für fast alles, was politische Bildung künftig anbieten und machen kann, ist das Netz daher eine **notwendige** Bedingung, für nichts vermutlich von all dem, wird es auch in Zukunft schon die **hinreichende** Bedingung sein.

VII. Chancen und Grenzen des Netzes

Nach allen bisherigen Beobachtungen lässt sich heute sagen, dass wir die gewaltigen Potentiale des Netzes für politische Bildung und Demokratie soeben erst zu verstehen beginnen. Klar erscheint indessen schon heute, dass für wichtige Zielgruppen, zumal in der jüngeren Generation, ohne Einbeziehung des Netzes künftig nichts mehr laufen wird, und dass das Netz infolge dessen Sache der zentralen Herausforderungen, aber eben auch neue Chance der politischen Bildung geworden ist.

Es wäre dennoch ein großer, schon heute klar zu erkennender Fehler, die politische Bildung sozusagen ins Netz oder aufs Netz abschieben zu wollen. Netzkommunikation hat gemessen an den Zielen der politischen Bildung eben auch **strukturelle Defizite**, die beim Entwurf netzbezogener neuer Konzeption politischer Bildung von Anfang an in Rechnung gestellt werden müssen. Dazu gehören vor allem die folgenden:

- Das Netz kann nicht jede Art von Kommunikation gleich gut übernehmen. Das verständigungsorientierte Gespräch unter Anwesenden, das eines der zentralen Medien sowohl der politischen Willensbildung, wie auch der politischen Bildung darstellt, kann vom Netz, wegen der unvermeidlichen Indirektheit und Schriftlichkeit nicht vollständig nachgebildet werden. Die personenintensiven Trainingsprogramme im Bereich der Vermittlung von Handlungs- und Kommunikationskompetenz können ebenfalls nur zum Teil durch Netzkommunikation ersetzt und gestützt, aber niemals vollständig übernommen werden.
- Das Netz kann ebenfalls nicht den Anschluss an die ganze Bandbreite der populären Jugendkulturen und der dort eingebürgerten Kommunikationsformen und ästhetischen Stile herstellen.
- Das Netz wirkt zudem, zumindest auf absehbare Zeit, in hohem Maße milieu- selektiv und milieu-begünstigend. Die durch hohe Bildungsstandards, hohes Einkommen und geringes Durchschnittsalter gekennzeichneten modernen und postmodernen Milieus nutzen das Internet wesentlich stärker und wesentlich umfassender und kompetenter als die traditionellen, durch geringe Bildungsstandards, geringes Einkommen und untergeordnete Berufspositionen gekennzeichnete Milieus der Unterschichten. Schon ist von einer neuen netzbedingten Klassenteilung die Rede (Umberto Eco), bei der diejenigen, die zu allen übrigen Medien auch noch das Internet souverän und kompetent handhaben, denen gegenüber stehen werden, die zu allen anderen Defiziten auch noch durch die Unfähigkeit gekennzeichnet sind, entweder permanenten Zugang zum Netz zu gewinnen oder es doch souverän und seinen eigenen Möglichkeiten entsprechend zu handhaben. Auch wenn diese strukturellen Defizite im Hinblick auf die Teil-

habe in einem gewissen Maße abgebaut werden können, ja eine der Aufgaben künftiger politischer Bildung gerade darin besteht, diese Differenzen zu verringern, wäre es doch ein auf absehbare Zeit hoffnungslos idealistisches Unterfangen, diese Grenzen zu ignorieren.

VIII. Ein vernünftiger Angebotsmix

Als Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen der politischen Bildung brauchen wir nach alledem einen - im Hinblick auf die uses- and gratifications-Kriterien - entwickelten Angebotsmix. Mir erscheinen die folgenden sechs Entwicklungslinien gleich wichtig und erfolgversprechend (ich stütze sie teilweise mit Blick auf konkrete Projekte in der Friedrich-Ebert-Stiftung):

1. Erfahrungsnahe Angebote, in denen sich die Vermittlung direkter und indirekter Berufsqualifikationen mit politischer Bildung überzeugend überlappen - entweder berufsnahe (Journalisten, Lehrer, Verwalter, Organisatoren, Organisationsmanager, Berater, angehende Aktive in Verbänden und Parteien usw.) oder orientiert an den in sehr vielen Berufen verlangten Schlüsselqualifikationen (Planung, Organisation, Management, Moderation, Kommunikation, Veranstaltungsplanung usw.).
Beispiel: das Projekt *Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung*: Hier sind etwa 90% der Teilnehmer unter 55 Jahren, über 35% unter 35 Jahren, von den noch Jüngeren werden die meisten zur Zeit eher durch die notwendigen Teilnehmerbeiträge als durch das Angebot selbst fern gehalten. Das Projekt ist freilich stark konzentriert auf die gehobenen, durch überdurchschnittliche Bildungs- und Einkommensvoraussetzungen gekennzeichneten modernen Milieus.
2. Kurzfristige und kurzzeitige, an aktuellen Einzelthemen und Kontroversen orientierte Angebote. Auf einer wenige Stunden umfassenden, nach Thema, Methoden, Akteurskreisen, gut ausgewählten und angekündigten Veranstaltung können Hilfen zur analytischen Klärung, zur Informationsergänzung und Entscheidungsfindung zu unmittelbar interessierenden Fragen gegeben werden, in der Regel in Gesprächsform, mit Möglichkeiten der Gesprächsbeteiligung aller Anwesenden.
Beispiel: Offene Dialogforen in gesellschaftlichen Lebensräumen, wo die Probleme aktuell anstehen. Etwa Samstag Nachmittag, Hamburg-Wilhelmsburg (60% Ausländeranteil) zum Thema: „Zusammenleben der Kulturen“.
3. Nicht-netzbasierte Angebote, die an die populäre Jugendkultur anknüpfen.
Beispiel: Wochenveranstaltungen zum Thema "Rockmusik und Politik" mit überwiegenden Musikelementen und spontanen, auf die Erfahrung mit der Politik bezogenen Re-

flektions- und Informationsteilen zur Besinnung auf die politischen Gehalte dieser Musik, ihrer gesellschaftlichen Rolle und der Bedingungen ihrer Vermarktung.

IX. Die Rolle des Netzes

Mit dem Netz kann man viel Sinnvolles machen, vor allem mit jüngeren Teilnehmern und den Angehörigen der modernen gehobenen Milieus.

4. *Beispiel für die Arbeit **fürs** Netz:* In Regensburg, wo die Friedrich-Ebert-Stiftung Trainingsseminare für den Erwerb von Netzkompetenz anbietet, ist der Altersdurchschnitt der Teilnehmer immer unter 40 Jahren. Seit kurzem kommen die *Neuen Alten* der gehobenen Milieus hinzu und wollen Netzkompetenz gewinnen. Die Netz-Zielgruppen differenzieren sich künftig also stärker. Das muss sich zunehmend auch in einem differenzierten Angebot niederschlagen.
5. *Beispiel für Arbeit **mit dem** Netz:* In unserem SPUN - Projekt wird jährlich eine in einer späteren Präsenzveranstaltung simulierte UN-Vollversammlung mehrere Monate lang im Netz vorbereitet - durch Werbung, Vorklärungen, Vorinformationen u.a.m. Es nehmen an jedem Projekt etwa 160 Jugendliche teil, 10 bis 15 % davon aus anderen Ländern und Erdteilen.
6. *Beispiel für Arbeit **im** Netz:* Virtuelle Begleitseminare zu einzelnen thematischen Veranstaltungen wurden in der Vergangenheit zu wichtigen Themen durchgeführt (Rechtspolitik, Bildungspolitik) und werden künftig eine verstärkte Rolle spielen. Die Teilnehmer können zwischen der Teilnahme an der virtuellen oder an der Präsenzveranstaltung wählen oder beides, je nach Zeit und Interesse, miteinander verknüpfen.

Weitergehende Netz-Angebote werden im Rahmen der neu eingerichteten Online-Akademie erarbeitet und ab 2001 in einem eigenen Programm vorgestellt. Künftig wird es auch möglich sein, anhand von Lehrtexten, verbunden mit interaktiven Lernphasen, einen maßgeschneiderten Einstieg in das Präsenzprogramm zu finden.

X. Politische Pädagogik des Netzes

Wir führen es auf die Wirkungen dieses Angebotsmixes im ganzen zurück, dass der Altersdurchschnitt unserer Teilnehmer seit den 80er Jahren nicht mehr gestiegen ist. Darum werden die skizzierten Linien künftig mit neuen Ideen weiter verfolgt. Die politische Pädagogik des Netzes bedarf einer gründlichen Reflektion, wenn verhindert werden soll, dass die Akteure, Veranstalter und Planer der Suggestion des Netzes verfallen. Eine professionelle "inputerin" eines virtuellen Seminars der DGB-Bildungsstätte Hattingen im Frühjahr 2000 hat ohne Schnörkel die These vertreten: "Technisch ist alles möglich und was fehlt, kann jemand programmieren" (Claudia Klinger).

Ein so überzogener Anspruch muss zuerst zu Enttäuschungen und schließlich in die Irre führen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Netz und auch mit sorgfältig vorbereiteten und groß angelegten Experimenten mit politischer Bildung im Netz, erscheinen vielmehr die folgenden beiden Imperative für einen reflektierten Umgang mit seinen Möglichkeiten von grundlegender Bedeutung:

- Politische Bildung ist teilweise immer schon eine der Voraussetzungen für einen angemessenen Umgang mit dem Netz. Man muss ein Stück politische Bildung immer schon mitbringen, um das Netz für politische Bildung angemessen nutzen zu können. Politische Bildung besteht ja weder bloß in der Informationsvermittlung, noch in bloßer kooperativer Informationsbearbeitung.
- Das verständigungsorientierte Gespräch unter Anwesenden ist, wie die demokratiepolitische und pädagogisch orientierte Gesprächstheorie von J. Dewey bis J. Habermas plausibel begründet hat, mehr als nur ein kooperativer Informationsgewinn. Zu seinem Gelingen sind vielfältige soziale, semiotische und psychische Interaktionen sowie ein dichter Austausch von Argumenten, der in sie eingebettet ist, notwendig. Verständigung ist eine Dimension der politisch moralischen Urteilsbildung, durch die zugleich auch Solidarität und die Verbindung von kognitiven, wertenden und emotionalen Einsichten erzeugt werden kann, die biographisch und politisch für die Demokratie unverzichtbar sind. Wie sehr sich Netz-Dialoge dem auch immer annähern mögen, solche Verständigung ist letztlich nur im Gespräch unter Anwesenden ganz zu erreichen. Darum wird politische Bildung trotz der enorm wachsenden und vielfältigen neuen Rolle des Netzes auch in Zukunft ohne dieses Element nicht auskommen. Der Netzeinsatz soll vielmehr gerade darauf bezogen sein, Vorbereitungen, Nachbereitungen, Hilfe und Stützen zur Verfügung zu stellen, aber nicht das verdrängen wollen, was am Ende eben doch seine Möglichkeiten überschreitet. Das ist die eigentliche Herausforderung für die politische Bildung der Zukunft.

Arbeit, für, mit und durch das Netz ist so gut wie überall eine notwendige Voraussetzung für politische Bildung, sie kann aber nur in wenigen Bereichen zu einer hinreichenden Voraussetzung ihres Gelingens werden.

Und übrigens: Arbeit mit dem Netz ist keine Patent-Sparstrategie, sie ist personalintensiv und schon darum kann sie keinesfalls der Lückenbüsser sein, der rasch und anspruchslos einspringt, wo Kürzungen die Fortsetzung der bisherigen Arbeit verhindern.

Thomas Meyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und der Wissenschaftliche Leiter der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung.